

10. Jahrestag an die Opfer von Massaker in Ost-Turkestan (China) ***Warum demonstrieren wir heute?***

Der 5. Februar 1997 war für die Uiguren, in der im Nordwesten Chinas gelegenen Ost-Turkestan (Provinz Xinjiang) ein blutiger Tag. Während des Fastenmonats Ramadan provozierte die chinesische Polizei Unruhen in von muslimischen Uiguren bewohnter Stadt Gulja im Region Ili (chinesisch Yining). Als sich am Abend des 4 Februar 1997 zahlreiche Frauen und Jugendliche in Privathäusern trafen, um den heiligen Abend (Khadir Kechesi) des 27. Tages des Ramadan zu begehen, drangen bewaffnete Polizisten in ihre Wohnungen ein und willkürlich verhafteten alle Gläubigen. Als sich im folgenden Tag Angehörige vor den Behörden versammelten, um die Freilassung der Verhafteten zu fordern, hat die Polizei zuerst mit Wasserwerfern (-20 grad) versucht, die Menge Auseinanderzutreiben.

**Wir rufen alle Menschen,
die an die Würde und
das Recht glauben zur
Demonstration zu
Erinnerung der Opfer
der Gulja –Massaker auf**

Datum: 03.02.2007

Beginn: 13:30

***Ort: Sendlinger Tor Platz
München***

Als sich immer Menschen den Protesten angeschlossen haben, hat die Polizei in die wahrlose Menge geschossen, 200 Menschen sind dabei getötet worden. Mindestens über 3000 Personen während der Unruhe verhaftet worden. Laut SZ vom 31.05.97 wurden am 14.04.97 3, und am 30.05.1997 8 Uiguren hingerichtet. Von Verhafteten wurden bis jetzt laut Berichten von Amnesty International (AI) mehrere Hunderte Uiguren hingerichtet und Tausende sitzen immer noch in Gefängnissen.

Wir fordern von der chinesischen Regierung:

Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen !

Einstellung des Zuzugs der Chinesen in Ost-Turkestan !

Einstellung der politischen, religiösen und kulturellen Verfolgung !

Einstellung der Folter in Gefängnissen !

Einstellung der Geburtenkontrolle !

Beachtung der Menschenrechte !

Hintergründinformation:

Uiguren sind ein altes Volk aus Zentralasien. Sie sind 20 Millionen (nach offiziellen chinesischen Angaben ca. 10 Millionen) Ihr Land heißt Ost-Turkestan (Chinesen nennen es Xinjiang). Es ist seit 1949 von den Chinesen besetzt. Die Uiguren werden von Chinesen unterdrückt, ausgebeutet, gefoltert, ins Arbeitslager geschickt und politischen Gefangenen hingerichtet. Die Uiguren sind in ihrem eigenen Land zur Minderheit geworden. Als Die chinesische Rote Armee 1949 Ost-Turkestan besetzte, lebten dort



weniger als 300.000 Chinesen. Heute sind es bereits nach offiziellen chinesischen Angaben über 8 Millionen. Chinesische Siedler sind ehemalige Sträflinge, die oft nur dann aus einem der Arbeitslager entlassen werden, wenn sie sich verpflichten, sich in der Region Ost-Turkestan niederzulassen.

Auf die friedlichen Demonstrationen reagieren Chinas Besatzungstruppen sehr scharf und brutal. laut Amnesty International haben die chinesischen Behörden seit dem 11. September 2001 mehr als 3000 Uighuren festgenommen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete am 21.01.06, in dem sie die Zeitung Xinjiang Daily zitierte, dass allein im Jahr 2005 18000 Uighuren verhaftet wurden, weil man ihnen vorwarf „Separatisten“, „religiöse Extremisten“ oder „Terroristen“ zu sein. Darunter befinden sich Wissenschaftler wie Tohti Tunyaz, Schriftsteller wie Nurmuhamaed Yasin, Journalisten wie Abdulghani Memetemin und Herausgeber wie Koresh Huseyin.

Eingesperrte muslimische Uighuren werden häufig der Folter ausgesetzt. Laut Dr. Manfred Novak, der UN- Sonderbeauftragter für Folter, ist Folter in China immer noch weit verbreitet und Gruppen, zu denen Uighuren und Tibeter gehören, wurden vorzugsweise Ziele von Folter. Dr. Nowak gab dies bekannt, nachdem er auf seiner letzten Chinareise Internierungslager in Ost-Turkestan (Xinjiang), Tibet und Peking besucht hatte.

AI berichtete ebenso, dass seit dem 11. September mehr als 200 muslimische Uighuren aus politischen Gründen hingerichtet wurden und weitere 50 wegen sogenannter separatistische und terroristische Aktivitäten zum Tode verurteilt wurden. Nach Berichten der Agenturen Reuters und AFP vom 17. August 2004 wurden vier weitere Uighuren hingerichtet, weil sie beschuldigt wurden, „Separatisten“ zu sein.

Trotz der von der internationalen Staatgemeinschaft ausgedrückten Bedenken, benutzen die chinesischen Behörden weiterhin den internationalen Kampf gegen den Terrorismus als Vorwand, um massiv gegen die Uighuren vorzugehen. Amnesty International beklagte im Jahresbericht 2004, dass „China seine Unterdrückung der muslimischen Uighuren unter dem Decknamen des Kampfes gegen den Terrorismus verschleiert“ In ihrem letzten Bericht betonte Human Rights Watch, dass „der weltweite Krieg gegen den Terrorismus..... Peking einen fadenscheinigen Grund liefere, härter denn je in Xinjiang durchzugreifen und dass Einzelne, die friedliche religiöse wie kulturelle Botschaften in Xinjiang verbreiteten, Terroristen seien, die ihre Taktik verändert hätten.

Infolge der derzeitigen Politik der chinesischen Regierung befindet sich die Uighuren in einer verzweifelten und frustrierenden Situation. Diese Frustration kann für alle Betroffenen schwerwiegende Folgen haben, Für uns Uighuren ist es bereits „ fünf vor zwölf“ Unserem Volk und unserer Kultur droht eine systematische Ausrottung. Trotzdem verabscheuen wir jeder Art von Gewalt und setzen uns gegen den chinesischen Staatsterrorismus in unserem Land weiterhin mit friedlichen und demokratischen Mitteln zur Wehr.

Verantwortlich (VISP): Ost-Turkestanische Union in Europa e.V.

Adolf-Kolping-Str. 9, 80336 München

Tel: 089- 54321999 Fax: 089- 54349789 email: contact@uyghurcongress.org